

Wir



ZUKUNFT DER ALTERSVORSORGE

Politische Ideen im Wettbewerb

BERICHT

Mitgliederversammlungen 2021



HANNOVERSCHER
KASSEN

Neue Wege der Versorgung



Inhalt

Was uns bewegt

- Interview: Zukunft der Altersvorsorge** ... Seite 04
- Alterssicherung in Deutschland** Seite 07
- Altersvorsorge: Ideen der Parteien** Seite 08

Neues Mitglied

- Bremer Lebensgemeinschaft** Seite 11

Nachhaltigkeit

- Sustainable-Finance-Beirat** Seite 12

Mitgliederversammlung

- Bericht der Mitgliederversammlungen** .. Seite 14

Nachrichten

- Neue Ausstellung bei den HK** Seite 16
- Versicherer bekennen sich zu SDGs** Seite 16
- Verleihung ESG Award** Seite 17
- Unser Erbe – Ihre Ideen** Seite 17

Unsere Leistungen

- Überblick über die Leistungen der HK**... Seite 18

- Impressum Seite 19

Interview

- 3 Fragen an Dominik Czaja** Seite 20





Silke Stremmlau und Regine Breusing – Vorständinnen der Hannoverschen Kassen

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder,

haben Sie sich eigentlich schon einmal die Frage gestellt, wie die Altersversorgung der Zukunft in Ihrem Idealbild aussähe? Haben wir alle genaue Vorstellungen, wie diese ausgestaltet sein müsste? Und wenn ja: geht es uns vor allem um eine möglichst hohe Rente in Form von Geld, oder geht es um eine auskömmliche, sichere Rente und viele andere Aspekte drum herum, wie Beziehungen, ein Sinn-erfülltes Leben oder ein besonders gutes soziales Umfeld? Wir haben diese Frage Herrn Prof. Gert Wagner, Mitglied der Rentenkommission der Bundesregierung gestellt, und fragen Sie, ob sich Ihre eigenen Vorstellungen auch in seiner Antwort wiederfinden lassen.

Bei allem, auch aus unserer Sicht, berechtigtem (Ver-)Zweifeln an unserem jetzigen Rentensystem, gibt es jedoch auch jede Menge Ideen, wie dieses System umgestaltet bzw. ergänzt werden könnte. Die bevorstehende Bundestagswahl gibt den Parteien Anlass, über die Zukunft des Rentensystems verstärkt nachzudenken und Vorschläge auszuarbeiten. Wir haben versucht, die jeweiligen Hauptpunkte der Parteienprogramme zu filtern und in übersichtlicher Form für Sie darzustellen. Eine Idee, die sich bei einigen Parteien wiederfindet, geht in Richtung eines staatlich verwalteten Fonds, der durch eine etwas risikoreichere Anlage auch die Chance auf eine höhere Rendite bieten würde. Wir alle dürfen gespannt sein, was von den Überlegungen der Parteien dann tatsächlich in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden wird.

In der Hoffnung, dass wir bis zur Bundestagswahl wieder zu einem entspannteren Alltag zurückgefunden haben werden, wünschen wir Ihnen eine gute Zeit!

Herzliche Grüße
Regine Breusing und Silke Stremmlau



Zukunft der Altersvorsorge



Interview mit
Prof. Gert G. Wagner



Wir haben Herrn Professor Gert G. Wagner, Senior Research Fellow am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) zu seinen Ideen für die Zukunft der Altersvorsorge gefragt. Er ist u. a. Mitglied im Sozialbeirat der Bundesregierung und im Sachverständigenrat für Verbraucherfragen und hat sich sehr intensiv mit diesem Thema befasst.

„In der Realität ist nicht alles versicherbar, sondern wir müssen flexibel reagieren. Insofern ist Flexibilität mein Idealbild.“



„Alles ist möglich.“ Wenn Sie einmal komplett frei denken könnten: Wie sähe die Altersvorsorge der Zukunft in Ihrem Idealbild aus?

Ich habe kein wirkliches Idealbild, da die Welt nun mal von Unsicherheit geprägt ist. Wir wünschen uns zwar langfristige Sicherheit durch Versicherungen, die Risiken abdecken, aber es gibt nicht nur wohlkalkulierte Risiken in der Welt, sondern auch Unsicherheiten und Gefahren. In der Realität ist nicht alles versicherbar, sondern wir müssen flexibel reagieren. Insofern ist Flexibilität mein Idealbild; aber mit dieser abstrakten Feststellung beantworte ich ja nicht Ihre Frage zur Altersvorsorge. Also: mein Idealbild sieht gar nicht so sehr anders aus als die derzeitige Situation bei der Altersvorsorge in Deutschland. Für mich sind drei Modifikationen besonders wichtig:

1. das Verhältnis von Rentenbezugsdauer und Erwerbszeit konstant zu halten, indem die Altersgrenze sich an der Lebenserwartung orientiert;
2. wenn die Altersgrenze aufgrund einer steigenden Lebenserwartung steigt, muss es leichter gemacht werden bei gesundheitlichen Einschränkungen, also Erwerbsminderung, ohne Abschläge in Rente zu gehen und

3. kapitalgedeckte Vorsorge sollte durch ein Obligatorium, zumindest ein obligatorisches Angebot durch alle Arbeitgeber, für alle Versicherten gewährleistet werden.

Woran krankt unsere aktuelle Altersvorsorge aus Ihrer Sicht? Die drei wichtigsten Punkte?

Kapitalgedeckte Vorsorge, also betriebliche und private Altersvorsorge, ist nicht obligatorisch. Und die Grundrente ist viel zu umständlich. Statt erst aufwändig die Einkommensverhältnisse einer Rentnerin bzw. eines Rentners zu prüfen, bevor man die Grundrente auszahlt, sollte man den vollen Grundrentenbetrag auszahlen und anschließend wird vom Finanzamt für diejenigen, die die Grundrente nicht nötig haben, der zu viel gezahlte Betrag sozusagen weggesteuert. Schließlich wäre es gut, wenn auch Selbständige und Beamte sowie Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen würden. Kleinen Selbständigen wäre so im Alter geholfen; der Einbezug der Beamten und Abgeordneten würde zwar für die Rentenkassen nichts bringen, da diese Gruppen später überdurchschnittlich lang ihre Renten beziehen, aber ein für die Legitimation der Rentenversicherung wichtiger Schwachpunkt wäre beseitigt.

Wie können solidarische Modelle gestärkt werden, wenn die umlage- oder kapitalgedeckte AV an ihre Grenzen kommt?

Ich verstehe Ihre Frage so, dass Sie wissen wollen, was gemacht werden könnte, wenn die Beiträge zur gesetzlichen Umlagefinanzierung wie für die kapitalgedeckte betriebliche und private Vorsorge als zu hoch eingeschätzt werden und das Rentenniveau nicht gesenkt werden soll. Dann kann zum ersten der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung erhöht werden. Der ist steuerfinanziert und somit solidarischer als Beiträge, die ja nur Versicherte bis zur Grenze der „Beitragsbemessungsgrenze“ zahlen. Zum zweiten könnte aber auch die Altersgrenze angehoben werden – das sollte nach meinem Dafürhalten aber nicht ad hoc sondern, wie oben gesagt, regelhaft und im Gleichschritt mit der Erhöhung der Lebenserwartung erfolgen.

Wenn Sie auf die bAV schauen, wie bewerten Sie diese? Was könnte verbessert werden?

In gewisser Weise würde ich die betriebliche Altersvorsorge abschaffen, nämlich sie mit der privaten Vorsorge zusammenlegen. Und dafür sollten Arbeitgeber ein obligatorisches Angebot machen.

Es geht mir darum, die kapitalgedeckte Vorsorge etwas stärker zu machen. Nicht, weil von der Kapitaldeckung Wunder zu erwarten wären. Aber die Kapitaldeckung ist nicht ganz genauso von der demographischen Alterung betroffen wie die Umlagefinanzierung und deswegen macht es Sinn, gewissermaßen nicht alle Eier in einen Korb zu legen. Mir geht es also um Risikodiversifikation bei der Vorsorge. Wenn aber kapitalgedeckte Vorsorge zum staatlich gewollten Vorsorgemix gehört – was ja der seit fast 20 Jahren herrschenden Leitlinie der Alterssicherung in Deutschland entspricht – dann kann die bAV nicht mehr der betrieblichen Personalpolitik dienen. Die bAV ist ja entstanden, weil Großbetriebe ihre Belegschaften an sich binden wollten. Dieses Ziel kann aber nicht Aufgabe der staatlichen Alterssicherungspolitik sein. Heutzutage muss ein Mindestmaß an kapitalgedeckter Vorsorge für alle Versicherten gelten. Das geht nur mit einem obligatorischen Angebot zu verwirklichen – und dann ist es egal, ob man das private oder betriebliche Vorsorge nennt. Am Ende tragen ohnehin die Arbeitnehmer in Form von Lohnverzicht die Kosten.

Für wie realistisch halten Sie einen öffentlichen Pensionsfonds à la Schweden, in den alle Bundesbürger*innen, auch Beamte, einzahlen müssen und deren Gelder zum großen Teil am Kapitalmarkt in Aktien angelegt werden?

Wenn die Alterssicherungspolitik mehr kapitalgedeckte Vorsorge will, was – wie gesagt – ja vernünftig ist, dann ist das

schwedische Modell eines der Vorbilder. Ein anderes Modell, das man sich anschauen kann, ist das im Vereinigten Königreich. Neben privaten oder genossenschaftlichen „Kapitalsammelstellen“ gibt es öffentlich organisierte Vorsorgeinstitutionen, die das eingezahlte Kapital verwalten und anlegen. Versicherte können sich frei entscheiden, wem sie ihr Geld anvertrauen. Bei den öffentlichen Einrichtungen dürfen Aktien auf jeden Fall nicht tabu sein. Nur so können die künftigen Rentner*innen von der Kapitaldeckung wirklich profitieren. Für besonders risikoscheue Versicherte könnten aber auch staatlicherseits Möglichkeiten mit geringem Aktienanteil angeboten werden.

Was erwarten Sie von einem verantwortlichen Versicherungsunternehmen, das eine nachhaltige und zukunftsfähige AV entwickeln will?

Transparenz! Sowohl hinsichtlich ökologischer Nachhaltigkeit als auch Transparenz im Hinblick auf Kosten und Risiken der Kapitalanlage und des Versicherungsvertrags.

Sie haben in der Rentenkommission mitgearbeitet, die im letzten Jahr der Bundesregierung ihre Vorschläge unterbreitet hat. Wieviel davon wurde schon umgesetzt?

Von den gewichtigen Vorschlägen wurde noch nichts umgesetzt. Angesichts der unterschiedlichen Interessen in der Großen Koalition habe ich das auch nicht erwartet. Ich bin gespannt, wie es nach der Bundestagswahl weitergehen wird.

Die Wahlprogramme für den Bundeswahlkampf werden gerade finalisiert. Inwiefern erleben Sie bei den Parteien Konzepte zur Rente und AV, die Sie als tragfähig und umsetzbar empfinden?

Ich habe mir das noch nicht angeschaut und werde das auch nicht machen. Erfahrungsgemäß lohnt sich hinsichtlich der Alterssicherungspolitik der Blick in die Wahlprogramme nicht, da es ja meist zu Koalitionen kommt, bei denen die Partner sehr unterschiedliche Zielvorstellungen haben. Und bei den Koalitionsverhandlungen spielen dann auch noch Interessenvertreter im Hintergrund eine große Rolle. Die Verwaltung der gesetzlichen Rentenversicherung redet mit und Vertreterinnen und Vertreter der betrieblichen und privaten Vorsorge auch. Was ich für richtig halte, habe ich Ihnen ja gesagt. Ob irgendetwas davon umgesetzt werden wird, weiß ich nicht. Und vielleicht gibt es ja auch bessere Ideen!

Vielen Dank, Herr Prof. Wagner, wir freuen uns, dass Sie sich Zeit für unsere Fragen genommen haben und uns und unseren Leser*innen Ihre Sichtweise darlegen!



Alterssicherung in Deutschland

Die derzeitige Alterssicherung in Deutschland basiert auf einem 3-Säulen-Modell: neben der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), die über den sogenannten Generationenvertrag und ein Umlageverfahren dargestellt wird, gibt es die betriebliche Altersvorsorge (bAV) sowie zusätzlich die private Altersvorsorge (pAV).

Aufgrund des demografischen Wandels wird die GRV langfristig an ihre Grenzen stoßen, da immer weniger Beitragszahler*innen immer mehr Rentenempfänger*innen gegenüberstehen. Bereits heute wird die GRV über einen Bundeszuschuss aufgestockt, um den Beitrags-

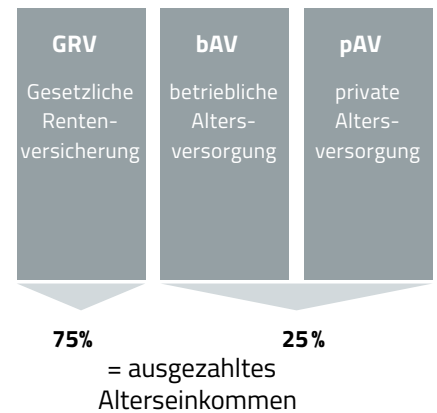
satz und auch das Rentenniveau stabil zu halten. Außerdem versucht der Staat, über Anreize und Unterstützungsleistungen in den Säulen 2 und 3 die Altersvorsorge zu fördern, z. B. durch Zahlungen von Riester-Zulagen oder durch Steuerentlastungen.

Durch die anhaltende Niedrigzinsphase geraten sowohl die betriebliche als auch die private Altersvorsorge langfristig unter Druck. Da es sich hierbei meist um Versicherungen im Kapitaldeckungsverfahren handelt, wird es auch hier schwieriger, auskömmliche Renditen zu erzielen.

Eine Diskussion und Weiterentwicklung der Alterssicherung ist daher unausweichlich.

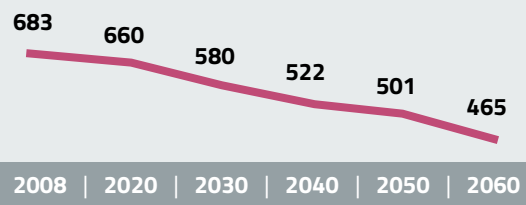
3-Säulen-System

Altersversorgung / Rentenleistung



Herausforderung Generationenvertrag

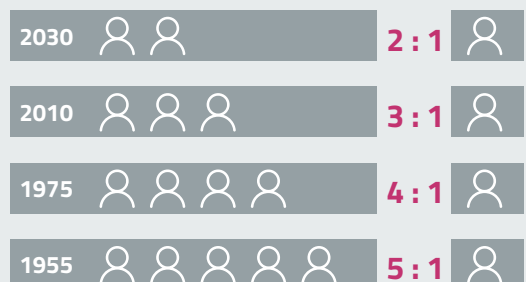
Bevölkerungsvorausberechnung – Geborene Kinder (Angaben in Tausend)



Quelle: www.einfach-rente.de

Rentenlast in 2030

Zwei Beschäftigte müssen die monatliche Rente für einen Rentner finanzieren.





Zukunft der Altersvorsorge im Wettstreit der Parteien

Wie will die Politik die Vorsorge zukünftig gestalten?

Die Bundestagswahl am 26. September wirft ihre Schatten voraus. Auch das Thema Rente steht auf der Agenda und die ersten Parteien sind mit Vorschlägen zur Reform herausgerückt. Wir versuchen, ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen und die Konzepte kurz auf den Punkt zu bringen.

Die Krise der Altersvorsorge hat auch den deutschen Bundestag erfasst. Auch die Politiker*innen haben erkannt, dass es nicht das normale Wehklagen der Finanzbranche ist, was aus den verschiedenen Versicherungen und Pensionskassen nach Berlin schwappt. Zwei Sorgen belasten die Branche schon seit Jahren, werden aber gerade akuter:

Erstens die Niedrigzinsepoche mit ihren eklatanten Auswirkungen auf die Geschäftsmodelle der Versicherungen und zweitens die regulatorische Maßgabe, vor allem auf sichere und wenig risikoreiche Anlagen zu setzen, damit aber die wenigen Möglichkeiten, auskömmliche Renditen zu erzielen, eng zu beschneiden.

Außerdem ist die öffentlich geförderte Riester-Rente erheblich in der Kritik: Sie ist als zusätzliche private Altersvorsorge geprägt von geringen Renditen, hohen Vertriebs- und Verwaltungskosten und teuren Zinsgarantien. So schauen sich auch die Parteien nach Alternativen um und werden bei manchem Blick ins Ausland, z.B. nach Schweden, neidisch.

Bündnis 90 / Die Grünen: Ein Bürgerfonds für die Altersvorsorge

Die Grünen, und hier namentlich der Co-Parteivorsitzende Robert Habeck und der Europaabgeordnete Sven Giegold, haben einen umfassenden Reformvorschlag vorgelegt. Zum einen fordern sie, dass mehr Menschen in Deutschland in die gesetzliche Rente einzahlen, um sie auf breitere Füße zu stellen. So sollen auch Selbstständige, Freiberufler*innen und Beamte dort einzahlen.

Zum anderen schlagen sie das Konzept eines Bürgerfonds vor, als Ergänzung zur gesetzlichen, umlagefinanzierten Rente. Orientiert an Schweden sollen die Gelder der privaten und betrieblichen Altersvorsorge durch einen öffentlich-rechtlichen Fonds gesammelt und verwaltet werden. Der Bürgerfonds soll das Standardprodukt zur privaten Altersvorsorge werden und auch für die betriebliche Altersvorsorge offen stehen. Das heißt, ein bestimmter Anteil des Bruttolohnes, z.B. ein Prozent, wird automatisch einbehalten und in den Fonds eingezahlt. Wer nicht teilnehmen möchte, muss aktiv widersprechen, die Teilnahme wäre also freiwillig (Opt-Out-Modell).

Die Grünen versprechen sich von einem solchen öffentlichen Fonds weniger Verwaltungskosten, weil Werbung und Vertrieb weitgehend entfallen und Größeneffekte bestehen.

Schwerpunktmäßig soll der Fonds in Aktien investieren. So lässt sich eine höhere Rendite erzielen als zum Beispiel über Anleihen. Je näher die Rente rückt,

umso mehr soll in sichere, aber dafür in der Regel renditeärmere Anlageformen umgeschichtet werden. Bis zu einem Lebensalter von 55 Jahren soll der Fonds, wie in Schweden, ausschließlich in Aktien investieren. Danach soll die Aktienquote schrittweise – bis zum Renteneintritt – reduziert werden.

FDP: die Aktienrente

Ein ähnliches Konzept verfolgt die FDP mit ihrer Aktienrente. Die Grundidee ist, dass Arbeitnehmer*innen künftig verpflichtend zwei Prozent ihres Bruttogehaltes in einen staatlichen Aktienfonds einzahlen, bei dem sie ein individuelles Konto erhalten. Der Fonds investiert die Gelder dann in weltweite Aktien und erwirtschaftet so in der Theorie hohe Renditen. Damit Arbeitnehmer*innen nicht mehr bezahlen müssen als heute, soll der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung um eben jene zwei Prozent gesenkt werden. Vorbild ist auch hier Schweden, das ein solches Modell schon in den 1990er Jahren einführt. Dort liegt die Abgabe für den Staatsfonds bei 2,5 Prozent. Aktuelle Rentner*innen wären von der neuen Regelung nicht betroffen. Alle neuen Rentner*innen würden anteilig aus ihrem Konto beim Staatsfonds und aus der gesetzlichen Rentenversicherung Rentenzahlungen erhalten.

Kritik kommt hier von der Deutschen Rentenversicherung: Man entziehe der gesetzlichen Rente Milliarden an Beitragseinnahmen, die kompensiert werden müssten. Die FDP sieht hier den Staat in der Pflicht, für ungefähr eine

Dekade mehr Steuergeld in die Hand zu nehmen, um diesen Umstieg zu finanzieren.

SPD: Alter absichern

Die SPD, die als Erste ihr sogenanntes „Zukunftsprogramm“ für die Bundestagswahl vorgestellt hat, bleibt im Prinzip bei ihrem bisherigen Weg. Zentrale Grundlage ist für sie die gesetzliche Rentenversicherung mit ihren Leistungen und ihrer solidarischen Finanzierung. Auch sie will die gesetzliche Rente stärken, indem sie den Kreis der Einzahler*innen in die gesetzliche Rente ausweitet, so dass zukünftig auch Selbstständige, Beamt*innen, freie Berufe und Mandatsträger*innen der gesetzlichen Rentenversicherung angehören. Außerdem tritt die SPD für ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent ein, ergänzt durch die Grundrente, die sie in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht hat. Bei der Reform der privaten Altersvorsorge bleibt die SPD vage. Es ist lediglich der Satz zu finden: „Zugleich setzen wir uns für ein neues standardisiertes Angebot der Altersvorsorge ein, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend angeboten wird.“

CDU: Individuelles Renteneintrittsalter

Die CDU hat sich auf ein Rentenkonzept geeinigt, das unter anderem einen schrittweisen Übergang zu einem individuellen Renteneintrittsalter vorsieht. Das jetzige Umlage-System der gesetzlichen Rentenversicherung will die CDU in eine Mischung aus Umlage und Kapitalanlage umbauen. Die Bundes-

regierung soll dafür einen Vorschlag in Anlehnung an die Idee einer Doppelrente vorlegen. Unter dem Dach der Rentenversicherung soll dazu ein Rentenfonds aufgebaut werden.

Bei der privaten Altersvorsorge sollen die staatlichen Zuschüsse für die Riester-Rente erhöht werden. Der Staat solle perspektivisch statt der heutigen Riester-Rente mittelfristig ein Standardvorsorgeprodukt bieten, das auf Aktienanlagen basiert. Es solle dabei auch Produkte ohne garantierte Leistung geben können, weil dort die Renditechancen höher seien. Arbeitnehmer*innen sollen bei dieser Absicherung automatisch mitmachen, es sei denn sie widersprechen ausdrücklich (Opt-Out-Modell).

Die Linke: Solidarische Mindestrente

Die Linkspartei fordert, ähnlich wie andere Parteien auch, die gesetzliche Rente zu stärken, in dem der Kreis der

Einzahlenden um Selbstständige, Politiker*innen sowie Beamte und Beamtinnen erweitert wird. Außerdem fordert sie eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro, die damit weit über die eingeführte Grundrente hinausgeht. Die Linke distanziert sich klar von der Entlastung der Arbeitgeberpflicht in der betrieblichen Altersvorsorge, die manche Akteure ins Spiel bringen.

AfD:

Auch die AfD hält am umlagefinanzierten Rentensystem fest und will auch Politiker*innen, Selbstständige und einen Großteil der Beamten dazu verpflichten, zukünftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen. Ändern möchte sie den Zeitpunkt des Renteneintritts, dieser soll frei wählbar sein und damit natürlich Auswirkungen auf die Höhe der Rente haben. Um mehr „Lastengerechtigkeit“ zwischen Familien und Kinder-

losen herzustellen, sollen Eltern für jedes Kind 20.000 Euro an Beiträgen zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen.

Fazit:

Viele der im Bundestag vertretenen Parteien erkennen an, dass ein „Weiter so“ für die gesetzliche, aber auch für die private und betriebliche Altersvorsorge nicht mehr funktioniert. Sie geben zu, dass das Konzept der Riester-Rente quasi gescheitert ist. Die Ausweitung auf mehr Einzahler*innen in die gesetzliche Rente scheint dabei ein Weg zu sein, der auf hohe Zustimmung stößt, ebenso wie mehr Aktieninvestments, um höhere Renditen zu erzielen. Spannend bleibt die Frage, ob man diesen Systemwechsel eher der Versicherungsbranche oder eher einem staatlichen Fonds zutraut.

Silke Strelau



Unsere Meinung

Der Blick in die Parteiprogramme zur Bundestagswahl ist erhellend. Viele gute Ansätze sind zu finden, wobei das bloße Vertrauen auf den Kapitalmarkt als Erfüllungsgelhilfe einer zukunftsfähigen Altersvorsorge auch viele Fallstricke aufweist.

Aber bis dahin gilt es, die gut etablierte und erfolgreiche betriebliche Altersvorsorge zu stärken anstatt sie – wie in den letzten Jahren – zu schwächen. Sie

muss von viel mehr Arbeitgebern als ihre Verantwortung für die Zukunft ihrer Mitarbeitenden verstanden werden. Einige der überbordenden Vorschriften müssten entschlackt werden, damit die bAV mehr Menschen zu Gute kommt.

Wenn man eine Aktienrente oder einen Bürgerfonds verpflichtend machen will, warum nicht auch die bAV? Gleich als Passus in den Arbeitsvertrag und nur mit aktiver Abwahl können sich die

Mitarbeitenden dagegen entscheiden. Außerdem muss man in der Bewertung der Kapitalanlagen weg von einer jahresbezogenen Betrachtung hin zu einer über einen längeren Zeitraum. Schließlich investieren wir auch mit einem Anlagehorizont von mehr als 30 Jahren. Dies würde mehr Risikokapital ermöglichen und damit auch mehr Geld für die Transformation unserer Wirtschaft bereitstellen.



„Von Du zu Du“ oder „Gemeinsam Mensch sein“



Herzlich begrüßen wir die Mitarbeitenden der Bremer Lebensgemeinschaft für Seelenpflege-bedürftige Menschen e.V. in der Hannoverschen Pensionskasse. Bereits seit 2006 ist der Verein Mitglied der HPK. Seit Dezember 2020 sind nun aber alle Mitarbeitenden mit der betrieblichen Altersversorgung dabei!

Dazu gefragt, sagt der Geschäftsführer Thomas Oetting: „Wir wollten unseren Mitarbeitenden am Ende des Jahres vom Betrieb aus noch etwas Gutes tun und ihnen zweitens die Möglichkeit geben, über eine gute Anlage, d. h. über Entgeltumwandlung, selber etwas zu tun.“

Der im Jahr 2000 gegründete Verein will „Lebens- und Arbeitsgemeinschaften schaffen und unterhalten, in denen Seelenpflege-bedürftige Menschen gefördert und betreut werden. Die anthroposophische Sozialtherapie und

Heilpädagogik ist dabei die Grundlage für die Begleitung der Bewohner*innen.“

Dieser Lebens- und Arbeitsort befindet sich auf dem Gelände der Stiftung „Alten Eichen“ in Bremen-Horn. Hier werden Leben, Arbeiten und Kunst verbunden. Beim „Stöbern“ auf der Webseite der Bremer Lebensgemeinschaft ist zu spüren, wie an diesem Ort die Arbeit aus dem Lebensalltag entspringt, wie Arbeit und Wohnen sich sinnvoll ergänzen.

Im Wohnbereich stehen eine Wohnstätte (20 Plätze), eine Außenwohngruppe auf dem Gelände (acht Plätze) und das ambulant betreute Wohnen in den eigenen vier Wänden zur Verfügung. Mögliche Arbeitsbereiche der Bewohner*innen sind die Holzwerkstatt, die Hauswirtschaft (Küche, Pflegen der Wohnbereiche und Wäsche), die Gärtnerei (Gemüseanbau in bester Bio-Qualität

für die Küche und Pflege des Außengeländes) und eine Kreativgruppe.

Die Gemeinschaft legt großen Wert darauf, dass alle Menschen im Haus gemeinsam den Alltag gestalten und so ein gutes soziales Miteinander möglich ist, unabhängig von den persönlichen Möglichkeiten oder Einschränkungen.

Die Bremer Lebensgemeinschaft ist ein Ort, an dem Persönlichkeitsentwicklung lebendig unterstützt wird, wo individuelle Wünsche und Bedürfnisse jedes Einzelnen gehört und so weit wie möglich berücksichtigt werden, wo ganzheitlich gelebt und gehandelt wird. Da ist die betriebliche Altersversorgung mit den Hannoverschen Kassen eine wunderbare Ergänzung.

Rika Pietsch

www.bremer-lebensgemeinschaft.de

Ein nachhaltiges Finanzsystem für die große Transformation

Oder: „Wie man Billionen bewegt“

Vor zwei Jahren rief die Bundesregierung diverse Experten zum Sustainable-Finance-Beirat zusammen, um bei der Ausarbeitung und Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie zu unterstützen.



**Sustainable
Finance**

Die Hauptaufgabe im bunt zusammengesetzten Beirat war: sich zu einigen! Beziehungswiese in den großen Fragen eines nachhaltigen Finanzwesens Annäherungen zu erzielen. Zu diesem Zweck trafen Akteure aufeinander, die teilweise schon seit zwei Jahrzehnten zum nachhaltigen Finanzmarkt arbeiten und somit eine Vielfalt von Perspektiven und Wissen einbringen konnten. Das war nicht immer leicht, da sehr unterschiedliche Interessen am Tisch bzw. vor den Rechnern saßen. Aber immer dort, wo es gelang, die Interessen hinter den Positionen transparent zu machen und die gemeinsame Vision einer zukunftsfähigen Welt in den Vordergrund treten zu lassen, da war Einigung möglich.

Die Empfehlungen an die Bundesregierung gliedern sich in fünf Bereiche:

1. Kohärenter Politikrahmen und Vorbild der Öffentlichen Hand
2. Eine umfassendere, zukunftsgerichtete und mehr an Wesentlichkeit orientierte Berichterstattung von Unternehmen
3. Wissensaufbau in Unternehmen, bei der Aufsicht, an Schulen und Universitäten
4. Nachhaltige und wirksame Finanzprodukte
5. Verstetigung der Aktivitäten

Die Vorschläge sind in 31 Punkten sehr detailliert ausgearbeitet, zum Teil unterstützt von Mitarbeitenden aus



Der Sustainable-Finance-Beirat legt Abschlussbericht vor.

den beteiligten Unternehmen sowie von Beobachter*innen, die vor allem die großen Lobbyverbände, aber auch BaFin und Bundesbank repräsentieren. Als Leiterin einer Arbeitsgruppe habe ich hier zu Beginn des Prozesses viel zu Lobbyarbeit gelernt, wie sie funktioniert, wie sie agiert und wie man sich in einem solchen Multi-Stakeholderprozess auch dagegen wehren kann und muss. Es war sehr sinnvoll von der Bundesregierung, die Lobbyverbände hier „nur“ mit der Beobachterrolle zu versehen, auch wenn das auf Seiten mancher Verbände zu argen Irritationen geführt hat.

Herausgegriffen: Zwei konkrete Forderungen

Eine sehr konkrete Forderung zielt auf ein Klassifizierungssystem für alle Finanzprodukte ab. Ähnlich den Effizienzklassen von A-G bei Kühlschränken oder Fernsehern empfiehlt der Beirat ein solches System mit fünf Stufen für alle Finanzprodukte. Damit weiß dann jede/r Privatanleger/in, ob und wenn ja in wel-

chem Ausmaß soziale und ökologische Kriterien bei ihrer Geldanlage berücksichtigt werden.

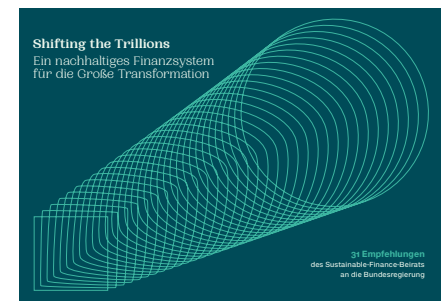
Eine andere Forderung zielt auf eine umfassende Bildungsoffensive ab. Das Thema „Nachhaltiges Finanzwesen“, aber auch die sozial-ökologische Transformation muss zukünftig fester Bestandteil von schulischer und universitärer Ausbildung, aber auch von Vorstands- und Aufsichtsratsqualifikation in der Finanzindustrie sein. Ein tiefgehendes Verständnis der Dynamiken und der systemischen Wechselwirkungen von Nachhaltigkeitszielen ist eine Grundbedingung für ein zielführenderes Verhalten.

Wie geht es weiter?

Nun ist die Bundesregierung gefordert. Sie will die Empfehlungen des Beirats aufnehmen und daraus bis zur Sommerpause eine Sustainable Finance Strategie für Deutschland entwickeln. Die Umsetzung wird dann hoffentlich in

großen Schritten von der neuen Bundesregierung nach der Wahl im September angegangen werden. Denn die Transformation der Realwirtschaft, orientiert am Pariser Klimaabkommen und den Sustainable Development Goals (SDGs), bleibt ein Mammutprojekt. Wir bleiben am Ball!

Silke Strelau

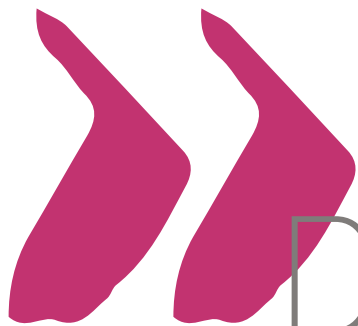


Den kompletten Bericht und die wichtigsten Empfehlungen finden Sie hier: <https://sustainable-finance-beirat.de>

HANNOVERSCHE
KASSEN

Neue Wege der Versorgung

Bericht der Mitgliederversammlungen
am 11.03.2021



Digitale
Mitgliederversammlungen:
Getrennt und doch
zusammen!

Dieses Jahr haben die Mitgliederversammlungen der Hannoverschen Kassen in einem ungewohnten Format stattgefunden, nämlich virtuell über Zoom. Pandemie-bedingt war keine Präsenzveranstaltung möglich, stattdessen konnten aufgrund einer Sonderregelung virtuelle Versammlungen einberufen werden. Wir konnten uns dennoch über eine rege Teilnahme der Mitgliedseinrichtungen und Versicherten freuen, denen die einzelnen Berichte zur Entwicklung und den Jahresabschlüssen der Hannoverschen Alterskasse VVaG (HAK), Hannoverschen Pensionskasse VVaG (HPK), Hannoverschen Solidarwerkstatt e. V. (HSW), Hannoverschen Beihilfekasse e. V. (HBK) und Neuen Hannoverschen Unterstützungskasse e. V. (NHUK) vorgestellt werden konnten.

Durch die Versammlungen führte erstmals unsere neue Aufsichtsratsvorsitzende Annette Bohland.

Bericht zu den Kassen

Der laufende Betrieb wurde weiterhin zum Großteil aus dem Homeoffice durch die Mitarbeitenden gewährleistet. Erfreulich war, dass sich in beiden Pensionskassen durch die Corona-Krise keinerlei negative Auswirkungen auf die Beitragsentwicklungen und auch kein Abschreibungsbedarf bei den Kapitalanlagen ergaben, was angesichts der zunächst zu beobachtenden erheblichen Kurseinbrüche im Frühjahr 2020 nicht selbstverständlich war. Während die laufenden Bruttoverzinsungen im Berichtsjahr 2019/2020 bei erfreulichen 3,2 % (HAK) bzw. 3,4 % (HPK) lagen, ist in den nächsten Jahren aufgrund der weiterhin anhaltenden Niedrigzins-epoche mit einem Rückgang zu rechnen. Die Deckungsrückstellungen konnten aufgrund der guten Erträge in beiden Kassen durch pauschale Rückstellungen bezüglich des Rechnungszinses sowie der Biometrie zusätzlich verstärkt werden.

Lediglich die Hannoversche Solidarwerkstatt war durch Corona-bedingte Einschränkungen von der Pandemie betroffen, da die Rehabilitationskliniken zeitweise geschlossen waren und aus dem Sozialfonds weniger Reha-Maßnahmen als gewöhnlich vergeben werden konnten. Gleichzeitig stieg jedoch die Anzahl der Erstattungsanträge in der Beihilfekasse sprunghaft an.

Es gab natürlich auch einige formale Beschlüsse, die in diesem Versammlungsformat über ein Abstimmungstool gefasst wurden. Neben Entlastungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden auch die Jahresabschlüsse genehmigt sowie im Weiteren Änderun-

gen der Satzungen und der Allgemeinen Versicherungsbedingungen (letzteres nur HAK und HPK) beschlossen.

Thomas Jorberg wurde in allen Kassen als Mitglied des Aufsichtsrats (fast) einstimmig wiedergewählt. Wir freuen uns sehr über die Wiederwahl und die weitere konstruktive Zusammenarbeit!

Fortsetzung der positiven Entwicklung

Insgesamt ist festzuhalten, dass sich die Hannoverschen Kassen (HK) trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase und der aktuellen Corona-Situation weiterhin positiv entwickeln. Sowohl die Anzahl neuer Mitglieder als auch die Beitragsentwicklungen entsprechen in allen Unternehmen der HK den Erwartungen. Zudem konnte auf der Kapitalanlage-seite der begonnene Weg zu mehr Unternehmensbeteiligungen mit entsprechendem Nachhaltigkeits-impact fortgeführt werden. Durch die intensivierte Zusammenarbeit mit der GLS Bank, sowohl durch gemeinsame Informationsveranstaltungen bei Firmen hinsichtlich der betrieblichen Altersversorgung als auch in Bezug auf die Angebote der Beihilfekasse, versprechen wir uns eine weitere positive Entwicklung.

Die Protokolle sind auf unserer Homepage im Login-Bereich für unsere Mitglieder zur Einsicht hinterlegt. Wir hoffen, dass die Mitgliederversammlung per Zoom eine, wenn auch positive, so doch einmalige Erfahrung bleibt und wir unsere Mitglieder im nächsten Jahr wieder bei uns in Hannover begrüßen können.

Susanne Schulze



AUSSTELLUNG IN DEN RÄUMEN DER HANNOVERSCHEN KASSEN

Menschen Spuren menschenleer

Zeichnung und Collage von
Klaus Müller

Malerei von Gunhild Neumann-Redlin

3. Juni bis 21. Oktober 2021

Wir laden Sie herzlich – unter Corona-Vorbehalt – zur **Vernissage** der Ausstellung „Menschen Spuren menschenleer“ am **Mittwoch, 2. Juni 2021** von 17.00–19.00 Uhr in die Büroräume der Hannoverschen Kassen ein.

Musikalisch umrahmt wird die Vernissage von Dagmar Escudier, Violoncello

Bitte informieren Sie sich auf unserer Website. Die Teilnahme ist nur nach Anmeldung möglich:
Tel. 0511 820798-50

Die Anzahl der Besucher ist begrenzt. Besichtigung der Ausstellung nach Terminvereinbarung.

[www.hannoversche-kassen.de/
aktuelles](http://www.hannoversche-kassen.de/aktuelles)



Wir machen weiter, mit den nötigen Einschränkungen, für die Kunstschaffenden, für die Kunst und für uns Mitarbeitende der Hannoverschen Kassen.

*Kunst ist Seelennahrung,
ist Immunsystem stärkend.*



DIE VERSICHERER BEKENNEN SICH ZU SDGS UND ZIELEN DES PARISER KLIMASCHUTZABKOMMENS

In einem im Januar 2021 veröffentlichten Positionspapier des Gesamtverbands der Versicherungswirtschaft (GDV) verpflichtet sich die Assekuranz zum nachhaltigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Versicherer wollen demnach die Nachhaltigkeit nicht nur in ihren eigenen Geschäftsprozessen, sondern auch bei den Kapitalanlagen, der Produktgestaltung und der Schadenregulierung fördern.

Das Geld der Kunden soll bis spätestens zum Jahr 2050 klimaneutral angelegt werden. Indem die Branche sich dieser Verantwortung stellt, kann sie mit einem Anlagevolumen von 1.700 Mrd. Euro einen sehr erheblichen Einfluss auf die Transformation der gesamten Wirtschaft nehmen.

Sehr lobenswert ist auch die aktive Rolle, zu der sich die Assekuranz bekennt: sie möchte z. B. Transparenz schaffen, die Vorreiterrolle bei der weiteren Erforschung des Klimawandels wahrnehmen und damit die Ziele von Politik und Unternehmen zum klimaneutralen Handeln unterstützen.

Das vollständige Positionspapier mit seinen 25 Unterpunkten finden Sie bei Interesse auf der Website des GDV.

[www.gdv.de/de/themen/news/
die-nachhaltigkeitspositionierung-
der-deutschen-versicherer-im-wort-
laut-65404](http://www.gdv.de/de/themen/news/die-nachhaltigkeitspositionierung-der-deutschen-versicherer-im-wort-laut-65404)



Alexis Richter mit dem Preis

ESG PENSION AWARD FÜR DIE HANNOVERSCHEN KASSEN

Wir sind sehr stolz und fühlen uns geehrt! Im Februar wurde uns der ESG Pension Award der Pensions-Akademie verliehen und damit unser verantwortliches Handeln in der Kapitalanlage zur Sicherung einer nachhaltigen Rente gewürdigt.

Im einstimmigen Votum der Jury wurde besonders hervorgehoben, dass die Hannoverschen Kassen Vorreiter sind und mit einem stimmigen Gesamtkonzept als mittelgroße Pensionskasse zeigen, wie ambitioniert und transparent die Geschäftsziele auch unter Berücksichtigung einer umfassenden Nachhaltigkeit verfolgt werden können. „Die Nachhaltigkeit wird bei den Kassen täglich glaubhaft gelebt und scheint Bestandteil der DNA zu sein“, betonte Stephan Ewald, zu dem Zeitpunkt noch Vorstand der VERKA, in seiner Laudatio. Diese Bestätigung freut uns sehr und ist zugleich großer Ansporn, den vor vielen Jahren begonnenen Weg konsequent weiter zu gehen. „Wir haben eine Verantwortung und wollen das Geld in die richtige Richtung lenken“, bekräftigt Silke Stremlau auch in ihrer Dankesrede.

**IHRE IDEEN
SIND
GEFRAGT!**

UNSER BODEN, UNSER ERBE WAS MEINEN SIE?

Wir hatten Großes vor! Die Corona-Situation hat uns jedoch im letzten Frühjahr einen Strich durch die Rechnung gemacht und so konnte die geplante Filmaufführung mit anschließender Podiumsdiskussion nicht stattfinden. Inzwischen ist dieser eindrucksvolle Dokumentarfilm offiziell gestartet und auch als DVD erhältlich. Wie bereits berichtet, haben wir die Herstellung dieses wichtigen Films finanziell unterstützt. Uns ist das dargestellte Thema rund um die Bodenfruchtbarkeit zur Sicherung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Landwirtschaft sehr wichtig, sie bildet die Basis der künftigen Lebensmittelproduktion und damit unser aller Lebensgrundlage.



**Uns interessieren Ihre Ideen dazu:
Was kann aus Ihrer Sicht
jeder einzelne zu einer
zukunftsfähigen Landwirtschaft
beitragen?**

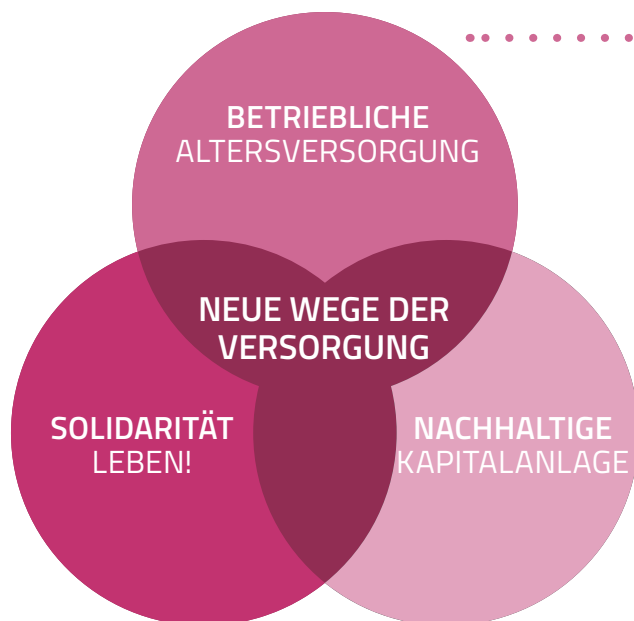
Wir freuen uns auf Ihre Antworten, von denen wir einige Inspirationen in der nächsten WIR abdrucken möchten. Drei Einsender*innen mit besonders inspirierenden Ideen erhalten als Dankeschön den Film „Unser Boden, unser Erbe“ auf DVD!

Bitte senden Sie uns Ihre Antwort an:
info@hannoversche-kassen.de

Einsendeschluss ist der 15.06.2021!
Wir freuen uns auf Ihre Beiträge!

Weitere Infos zum Film – übrigens auch zur Nutzung im Schulunterricht und ergänzende Materialien – gibt es unter www.wfilm.de/unser-boden-unser-erbe

Neue Wege der Versorgung Unsere Leistungen für Sie:



Sozialfonds

Umgang mit den Themen Arbeit und Gesundheit – Salutogenese – individuelle und gemeinschaftliche Entwicklung, Unterstützung von Präventions- und Rehabilitationsangeboten

Krankenbeihilfe

Unterstützung zur Förderung der Gesundheit, z. B. bei Leistungen wie Zahnersatz, Heilpraktiker-Behandlungen, Anthroposophische Medizin und Therapie u.v.m.

Solidarfonds

Altersversorgung

Finanzielle Hilfe in wirtschaftlichen Notlagen ehemaliger Mitarbeitender von Waldorfeinrichtungen

**BETRIEBLICHE
ALTERSVERSORGUNG**

**NEUE WEGE DER
VERSORGUNG**

**SOLIDARITÄT
LEBEN!**

**NACHHALTIGE
KAPITALANLAGE**

Nachhaltige betriebliche Altersvorsorge

je nach Bedarf in den Durchführungswegen

- Pensionskasse
- (Rückgedeckte) Unterstützungskasse
- (Rückgedeckte) Direktzusage mit Finanzierung durch
 - Arbeitgeber
 - Arbeitnehmer (Entgeltumwandlung)
 - Einzelmitglieder (Basis-/Rürup-Rente)

Versicherungsmathematische Gutachten

für die Bilanzierung und zur Meldung der Beitragsbemessungsgrundlage für die Insolvenzversicherung beim Pensions-Sicherungsverein (PSV)

Rentenabrechnungen

Versorgungsausgleich

Sie können im Falle einer Scheidung den für Sie als Ausgleich ermittelten Betrag in die PK einzahlen lassen

Nachhaltige Anlage der Versichertengelder in:

- Staats- und Unternehmensanleihen, Namensschuldverschreibungen, Scheindarlehen, Beteiligungen und Aktien
- Sozial- und Wohnimmobilien, Erbbaurechte
- Finanzierungen, Darlehen

Soziale, ethische und ökologische Kriterien

für alle Anlageentscheidungen

Transparenz- und Investitionsbericht



Kontaktieren Sie uns:
Wir beraten Sie gern persönlich!

Altersvorsorge

Ralf Kielmann

Tel. 0511 820798-61

kielmann@hannoversche-kassen.de

Krankenbeihilfe und Sozialfonds

Britta Buchholz

Tel. 0511 820798-54

buchholz@hannoversche-kassen.de

Versicherungsmathematische Gutachten

Thomas Weber

Tel. 0511 820798-35

weber@hannoversche-kassen.de

Rentenabrechnungen

Anton Eibeck

Tel. 0511 820798-68

eibeck@hannoversche-kassen.de

Versorgungsausgleich

Kathrin Maleck

Tel. 0511 820798-52

maleck@hannoversche-kassen.de

Nachhaltige Anlage der Versichertengelder

Jana Desirée Wunderlich

Tel. 0511 820798-59

wunderlich@hannoversche-kassen.de

Ausführliche Informationen zu unseren Services und Leistungen finden Sie hier:

www.hannoversche-kassen.de

IMPRESSUM

WIR-InfoBrief der Hannoverschen Kassen

Herausgeber:

Hannoversche Alterskasse VVaG,

BaFin-Reg.-Nr. 2249

In Zusammenarbeit mit:

Hannoversche Pensionskasse VVaG,

BaFin-Reg. Nr. 2246,

Hannoversche Solidarwerkstatt e.V.,

Hannover VR 7466,

Hannoversche Beihilfekasse e.V.,

Hannover VR 201265,

Neue Hannoversche Unterstützungskasse e.V.,

Hannover VR 203185

Vorstände in allen Unternehmen:

Regine Breusing, Silke Stremlau

Gerichtsstand Hannover

Pelikanplatz 23, 30177 Hannover

Telefon 0511. 820798-50, Fax 0511. 820798-79

info@hannoversche-kassen.de

www.hannoversche-kassen.de

Redaktion: Silke Stremlau und Susanne Schulze,

Regine Breusing (V.i.S.d.P.)

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Autoren verantwortlich. Nachdruck und Vervielfältigung von Artikeln (auch auszugsweise) ist nur mit vorheriger Genehmigung durch den Herausgeber gestattet.

In dieser Ausgabe mit Beiträgen von Regine Breusing, Dominik Czaja, Rika Pietsch, Susanne Schulze, Silke Stremlau, Prof. Gert G. Wagner

Layout: Birgit Knoth, www.bk-grafikdesign.de

Grafikkonzept: LOOK // one

Fotos: Titel: olly /stock.adobe.com; S. 2: Monkey Business/adobe.stock; S. 3 und 14: Christian Wyrwa; S. 4: oatawa /adobe.stock; S. 8: travelview/adobe.stock; S. 12: diman/adobe.stock; S. 19: Konstantin Yuganov/adobe.stock

Druck: DIE PRINTUR GmbH, Auflage: 12.600

Hinweis: Um der Vielfalt des Lebens und unserer Sprache gerecht zu werden, verwenden wir in unseren Texten unterschiedliche Ansprachen und Formen: weibliche, männliche, inklusive, generische.

Für den Druck dieser Broschüre wurden mineralölfreie Druckfarben verwendet.

Möchten Sie den WIR-InfoBrief nicht mehr erhalten, haben Sie jederzeit die Möglichkeit diesen unter info@hannoversche-kassen.de abzubestellen.





3 Fragen an Dominik Czaja

Dominik Czaja ist seit November 2020 Mitarbeiter der Hannoverschen Kassen und übernimmt vielfältige Aufgaben.

1 | Du bist als „jüngstes“ Mitglied während der Corona-Zeit zum HK-Team gestoßen, wie war das für Dich?

Zunächst hatte ich ja während meines Praktikums im März 2020 einen Einblick in den „normalen“ Alltag bekommen, ich wurde äußerst herzlich aufgenommen. Viele Kolleg*innen nahmen sich die Zeit, mit mir zu reden, über die Arbeit, das Studium, meine Hobbys usw. Schon damals wurde ich als Kollege aufgenommen und wie ein solcher behandelt.

Als ich dann im November endgültig ein Teil des HK-Teams wurde, ging die Action erst richtig los. Eine Menge neuer Aufgaben kamen auf mich zu, aber ich habe mich gefreut und diese gerne angenommen. Es ist eine riesige Hilfe, zu wissen, dass ich mich immer an meine Kollegen wenden kann. Vor allem Thomas Weber war eine enorme Hilfe und hat mir bereits eine Menge beigebracht.

Dass ich der jüngste Kollege bin, merke ich eigentlich nur selten, aber ich versuche immer auch etwas mehr Dynamik und Leben einzubringen. In meinem Alter hat man davon noch genug!

2 | Was ist Deine Aufgabe bei den Hannoverschen Kassen?

Primär sollte ich die Nachfolge von Frau Kaleta antreten, mich also um die Erstellung von versicherungsmathematischen Gutachten und die allgemeine Organisation kümmern.

Während meines Praktikums wurde mir bereits ein eigenes IT-Projekt anvertraut und – auch wenn es noch nicht fertiggestellt ist – ich habe eine Menge Spaß daran gefunden. Entsprechend übernehme ich auch firmeninterne IT-Aufträge und stelle aufgrund meiner mathematischen Kenntnisse ein Bindeglied zwischen IT und Mathematik dar.

3 | Was ist Dir für Dein Leben außerhalb der Arbeit wichtig?

Seitdem ich denken kann bin ich ein sehr kompetitiver Mensch, der sich immer gerne mit anderen misst. Mehr als ein halbes Jahrzehnt habe ich hierfür im Verein Fußball gespielt, jedoch stieg schon damals meine Leidenschaft für den E-Sport und heute messe ich mich eher online mit meinen Gegenspielern, am liebsten zusammen mit meinem Uni-Team in der Uniliga.

Wenn man viele Leute online kennenlernt, kommt es zwar oft vor, dass die besten Freunde am weitesten weg wohnen, aber das ist für uns selten ein Hindernis.

Also was mir wichtig ist? Kurz und knapp: Freunde, Familie, Gaming.